

Dienstag, 10. Januar 2023

Kanton Luzern

Rassismusvorwurf gegen Guido Graf

Flüchtlingswelle In einer Dringlichen Anfrage will Kantonsrat Urban Frye (Grüne, Luzern) vom Luzerner Regierungsrat nähere Informationen zur Situation von ukrainischen Flüchtlingen im Kanton Luzern erhalten. So möchte er unter anderem wissen, wie viele Personen von der Gruppe mit Schutzstatus S ein Fahrzeug haben und wie viele von diesen Fahrzeughaltern Sozialhilfe erhalten. Zudem fragt er nach der Anzahl der Fälle, die Guido Graf (Mitte), Vorsteher des Gesundheits- und Sozialdepartements, bekannt sind, bei denen ukrainische Frauen ohne medizinische Indikation nach Botox-Spritzen oder ungerechtfertigten Zahnbehandlungen verlangt haben.

Auslöser für den Dringlichen Vorstoss sind Äusserungen von Regierungspräsident Guido Graf in einem Interview im «Blick» am 7. Januar. Es sind Aussagen wie «Menschen aus der Ukraine sind teilweise fordernder als andere» oder «Es führt zu grossem Unmut in der Bevölkerung, wenn Flüchtling mit dem SUV herumfahren und gleichzeitig Sozialhilfe beziehen», welche Frye sauer aufstossen: «Guido Graf verbreitete in diesem Interview ganz bewusst negative Pauschalisierungen über ukrainische Flüchtlinge.» So habe er bereits mehreren Medien gegenüber die Aussage der fordernden Ukrainerinnen und Ukrainer gemacht. So auch an der Kantonsrats-sitzung vom 25. Oktober, als er unter anderem gesagt habe, dass Frauen aus der Ukraine nach Botox-Spritzen verlangen. Frye: «Guido Graf bedient sich Klischees, ohne belegbare Fakten dafür zu nennen.» Die «pauschale Behauptung», dass ukrainische Flüchtlinge teilweise fordernder seien als andere, bezeichnet der Grüne-Kantonsrat als rassistisch. Zwar sage Graf im Interview, man müsse sich Sorgen machen, dass die Solidarität mit den Ukrainern nicht kippe. «Mit seinen eigenen Aussagen trägt er aber genau dazu bei», ist Frye überzeugt. (sb)

Kommission soll vorspuren

Regierung und Kantonsrat sind sich einig, wie die Debatte um das Spital Wolhusen fortgeführt werden soll. Inhaltlich bleiben Differenzen.

Lukas Nussbaumer

Welche Leistungen sollen im Spital Wolhusen dereinst angeboten werden? Vor allem Rehabilitation und Orthopädie, findet die Regierung. Zwingend eine ambulante und stationäre medizinische Grund- und Notfallversorgung, und zwar an allen Spitalstandorten sowie fixiert im Gesetz, fordern auf der anderen Seite alle Kantonsratsfraktionen mit Ausnahme der GLP. Diese ist wie die Regierung der Meinung, das medizinische Angebot solle nicht im Gesetz verankert werden.

Nun wird die Diskussion darüber in der Kommission für Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (Gask) fortgeführt. Grund sind fünf gleichlautende Einzelinitiativen von SVP, Mitte, FDP, SP und Grünen, die jetzt auch die Regierung an die Gask überweisen will. Das Okay der Exekutive hätte es allerdings nicht gebraucht: Für die Überweisung von Einzelinitiativen an eine Kommission braucht es bloss das Ja eines Drittels der anwesenden Parlamentsmitglieder. Ein Quorum, das die fünf Fraktionen selbst bei vielen Abweichlern locker übertreffen.

Regierung erteilt Kommission Aufträge

Die Regierung schreibt in ihrer Stellungnahme, die Zuweisung an die Kommission sei «eine sinnvolle Möglichkeit, den politischen Diskurs über das künftige Angebot im Spital Wolhusen in einem geordneten Verfahren fortzuführen». Sie macht in ihrer ausserordentlich zügig erfolgten Antwort – sie hat innert fünf Wochen reagiert – aber auch Aussagen, die bei den Initianten für Stirnrunzeln sorgen. So teilt sie der Gask unverblümt ihre Erwartungen mit. Die Kommission soll demnach darlegen, ob und wie andere Kantone das



Die kantonsrätliche Gesundheitskommission muss die Debatte über das Leistungsangebot am Spital Wolhusen führen.

Bild: Corinne Glanzmann

Leistungsangebot ihrer Spitäler gesetzlich geregelt haben, und sie soll die aufgrund der Einzelinitiativen zu erwartenden finanziellen und personellen Folgen thematisieren. Zudem geht die Regierung davon aus, dass sich die Umsetzung der vom Kantonsrat erheblich erklärten Motion von SP-Fraktionschef Marcel Budmiger erübrigt. Budmiger und mit ihm das Parlament haben darin das Mindestleistungsangebot definiert, das künftig vom Kantonsrat genehmigt werden muss:

— Medizin, Chirurgie und Anästhesie, inklusive Notfall mit 24-Stunden-Bereitschaft

— Intensivmedizin oder mindestens Intermediate Care

— Orthopädie

— Geburtshilfe/Gynäkologie.

Armin Hartmann, Guido Roos, André Marti, Anja Meier und Hannes Koch haben die schnelle Antwort der Regierung aufgrund des hohen Drucks des Kantonsrats und der vielen Reaktionen aus der Bevölkerung erwartet. Diese fünf Kantonsratsmitglieder haben die Einzelinitiativen im Namen der Fraktionen von SVP, Mitte, FDP, SP und Grünen eingereicht.

Nicht einverstanden sind sie mit Ausnahme von Armin Hartmann damit, dass die Motion von Marcel Budmiger bei der Überweisung der Einzelinitiativen an die Gask obsolet sein soll. Schliesslich sei das Leistungsan-

gebot mit der Festschreibung der zwingenden Grund- und Notfallversorgung im Gesetz noch nicht definiert, finden etwa Guido Roos und Anja Meier.

Wünsche der Regierung «unvollständig»

Die von der Regierung formulierten Erwartungen an die Gask können die fünf Parlamentsmitglieder durchaus nachvollziehen. Es handle sich jedoch bloss um Vorschläge. «Es ist das Parlament, das Aufträge an die Kommission erteilt», betont André Marti. Und Hannes Koch sagt: «Die Regierung hat ihre Überlegungen dargelegt. Wie die Kommission vorgehen wird, ist Sache ebendieser Kommission.» Für Armin Hartmann sind die Wünsche der Regierung

«unvollständig». Es reiche nicht zu prüfen, wie andere Kantone das Leistungsangebot gesetzlich geregelt haben. «Wir müssen auch wissen, welche Folgen dies hat, wie erfolgreich die Kantone mit ihrer Lösung sind und ob sich die ständigen Leistungsdiskussionen damit erübrigt haben.»

Guido Roos, Anja Meier und Hannes Koch erwarten aufgrund des komplexen Sachverhalts aufwendige Abklärungen. «Die Gask wird wohl auf eine externe und unabhängige Expertise zurückgreifen müssen», vermutet Meier. Auch Roos und Koch glauben, die Kommission brauche externe Unterstützung.

SVP hält Volksinitiative als Trumpf in der Hinterhand

In einem Punkt sind sich die vier Kantonsräte und Parlamentarierin Anja Meier einig: Die Regierung soll trotz der nun folgenden Diskussionen in der Gask weiter an ihrer Gesundheitsversorgungsplanung und damit am Leistungsangebot des Spitals Wolhusen arbeiten. Anja Meier, Hannes Koch und Guido Roos betonen allerdings, das vom Kantonsrat durch das Ja zur Motion von Marcel Budmiger festgesetzte Leistungsangebot, das auch in den Einzelinitiativen erwähnt ist, müsse in den Planungsbericht der Regierung einfließen. «Basierend auf diesen Mindest-Eckwerten, kann die Regierung jetzt noch die Details definieren», sagt Roos.

Armin Hartmann verlangt zudem, die Regierung müsse sich mit der Gask abstimmen. Und der SVP-Fraktionschef macht klar: Seine Partei zieht ihre Volksinitiative, die das Gleiche verlangt wie die Einzelinitiativen, nicht zurück: «Politisch ist mit der Überweisung der Einzelinitiativen noch nichts gewonnen. Es kommt darauf an, was die Kommission daraus macht.»

Freiamt

Frau Gemeindeammann legt ihr Amt nieder

Im Dezember endete in Oberrüti die neunjährige Amtszeit von Franziska Baggenstos. Der Rücktritt fiel ihr nicht leicht.

Verena Schmidtke

Freundlich lächelnd lädt Franziska Baggenstos zum Gespräch in ihr Büro. Es ist jener Raum, von dem aus sie seit zwei Jahren ihre Selbstständigkeit ausübt. Ihr bisheriger zweiter Arbeitsplatz im Gemeindehaus ist geräumt und bereit für ihre Nachfolge. 2014 wurde Baggenstos in den Gemeinderat gewählt, seit Beginn war sie als Frau Ammann tätig. Per Ende Dezember hat sie nun ihr Amt abgelegt. Schweren Herzens entschloss sie sich im vergangenen Juli, aus dem politischen Gremium auszutreten, um sich mehr ihrem Beruf im Bereich der Arbeitsintegration widmen zu können. «Zuerst habe ich gedacht, beide Aufgabenfelder lassen

sich gut miteinander vereinbaren», erzählt Baggenstos. «Doch dann nahm die Zahl der Aufträge in meinem Job stetig zu.» Sowohl das Amt als Gemeindeammann als auch ihr Beruf nahmen bald viel Raum ein. Es sei schwierig geworden, beidem gerecht zu werden.

Auch ihr Mann wurde für das Amt angefragt

Dennoch tat sie sich zu Beginn schwer mit dem Rücktritt: «Die Entscheidung ist mir wirklich nicht leicht gefallen. Das Amt war sehr spannend, bereichernd und vielfältig. Ich habe viele neue Bereiche kennen gelernt und durfte tolle Begegnungen erleben. Es war eine gute Zeit.» Zum Amt als Frau Gemeindeammann sei damals sie eher zu-

fällig gekommen. Auf das Jahr 2014 seien in Oberrüti gleich drei Gemeinderatssitze neu zu besetzen gewesen. Telefonisch habe man potenzielle Einwohnende dafür angefragt, erinnert



Franziska Baggenstos blickt auf eine vielfältige Amtszeit zurück.

Bild: Verena Schmidtke

sich Baggenstos. «Mein Mann hat gleich dankend abgelehnt», erzählt die Job-Coachin. Sie selbst hingegen war sofort interessiert und habe den Sprung ins unbekannte Terrain gewagt. Nicht immer sei das einfach gewesen, gerade zu Beginn habe es gegolten, einige Schwierigkeiten zu überwinden.

Ihre treue Begleiterin, die Doppeltturnhalle

Nach neun Jahren im Amt kann Franziska Baggenstos auf viele interessante Begegnungen und Projekte zurückblicken. Eine treue Begleiterin während ihrer Amtszeit sei die Doppeltturnhalle gewesen. «So ein grosses Projekt von Anfang an realisieren zu können, war eine besonders tolle Erfahrung. Die eigentliche

Bauzeit hat gut eineinhalb Jahre gedauert», resümiert sie. Aufgrund der Pandemie habe die grosse Einweihungsfeier von 2021 auf 2022 verschoben werden müssen. «Ich bin froh, dass sie noch in meiner Amtszeit geschah. Das hätte mir sonst wohl keine Ruhe gelassen.»

Als eine sehr spannende Begegnung ist ihr der Besuch einer Delegation aus Südkorea in Oberrüti in Erinnerung geblieben. Diese habe sogar an der Gemeindeversammlung teilgenommen. Baggenstos erzählt amüsiert: «Erst hielten wir das Anliegen für einen Scherz. Doch es war wirklich ernst gemeint und eine interessante Erfahrung.» Das Mitbringsel der asiatischen Gäste erschien zunächst, als sei es etwas zum Essen. Doch

schnell zeigte sich, dass dieses nicht die ganz korrekte Übersetzung war. Sie holt zwei hübsche Besteckkästen hervor und lacht. «Es sind Esstäbli und Löffel, also schon etwas zum Essen, aber eben nicht essbar.»

Abschliessend hält sie fest, dass ihr Engagement als Gemeindeammann auch eine Möglichkeit gewesen sei, Oberrüti etwas zurückzugeben. «Als mein Mann und ich 2008 hierherzogen, wurden wir freundlich aufgenommen. Das war schön.» Baggenstos ergänzt: «Ich habe das Amt sehr geschätzt. Der Abschied ist auch mit Wehmut verbunden.» Dennoch freue sie sich darauf, nun mehr Zeit für ihren Beruf zu haben und vielleicht Workshops oder Weiterbildungen besuchen zu können.